

PRESSEMITTEILUNG

Bonn, 8. Dezember 2006

Zeit zum Handeln – Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger/innen ruft den deutschen Staat auf, entschlossen gegen rechtsradikale Gewalt vorzugehen

Anfang November stellte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Ergebnisse ihrer in Auftrag gegebenen Studie zum Rechtsradikalismus vor. Das Netzwerk Türkeistämmiger Mandatsträger/innen in Deutschland – ein parteiübergreifendes Netzwerk von Mandatsträger/innen von der kommunalen bis zur europäischen Ebene – hat sich bei seinem fünften Treffen im November in München mit den Ergebnissen der Studie intensiv beschäftigt. Die Mitglieder des Netzwerks fühlten sich in ihren Befürchtungen bestätigt und rufen alle Entscheidungsträger zum Handeln auf.

Es sei nicht hinzunehmen, so die Mandatsträger/innen, dass jeder vierte Deutsche ausländerfeindlichen Aussagen zustimme und gar knapp 40 Prozent der Befragten der Meinung seien, dass Ausländer nach Deutschland kämen, um den Sozialstaat auszunutzen. Ein Vertreter des Netzwerkes (Cem Demircan, Stadtrat in Velbert) zeigte sich schockiert über das Befragungsergebnis: Fast 15 Prozent zeigten sich überzeugt, dass die Deutschen anderen Völkern 'von Natur aus überlegen' seien - mehr als zehn Prozent stimmten der These zu, es gebe 'wertvolles und unwertes Leben'. Der Rechtsradikalismus sei mitten in der Gesellschaft angekommen und es müsse jetzt gehandelt werden, so die einhellige Meinung der Mitglieder des Netzwerkes. Die türkeistämmigen Politiker/innen sehen ihre These bestätigt, dass die Ausländerfeindlichkeit der Einstieg in den Rechtsradikalismus darstellt – immerhin stellt die Studie fest, dass knapp 9 Prozent der Befragten ein geschlossenes rechtradikales Weltbild vertreten. Deswegen ruft das Netzwerk alle demokratischen politischen Akteure in Deutschland auf, sich von Stammtischparolen und Pauschalverurteilungen von Religionsgruppen zu distanzieren. Solche Aussagen nährten den Boden für Ausländerfeindlichkeit und Rechtradikalismus.

Das Bündnis der türkeistämmigen Politiker/innen in Deutschland ruft den Staat auf, entschlossen gegen rechtsradikale Gewalt vorzugehen und zeigt auf, dass vor allem Bildung und Aufklärung hier helfen können, den Rechtradikalismus in den Griff zu bekommen. Die türkeistämmigen Mandatsträger/innen machen ein klares Angebot:

„Wir bieten in allen Bereichen unsere Unterstützung an, denn der Rechtradikalismus und die noch stärker werdende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland sind Gift für unsere Bemühungen um eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland“, so Ergun Can, SPD Gemeinderat in Stuttgart, Mitglied der Koordinierungsgruppe des Netzwerkes und dessen Vertreter bei der Erarbeitung des nationalen Integrationsplanes der Bundesregierung.

Mehr Informationen zu dem von der Körber-Stiftung, Hamburg und der Stiftung MITARBEIT, Bonn koordinierten Netzwerk finden Sie unter <http://www.mitarbeit.de>.

Teilnehmende des fünften Treffens türkeistämmiger Mandatsträger(innen) im November 2006 in München

1. Herr Kadri Akkaya, Vorsitzender des Regionalverbands LTD Köln, (FDP)
2. Herr Yusuf Aladağ, Mitglied CDU Delmenhorst
3. Frau Muhterem Aras, Mitglied des Stadtrats Stuttgart (Bündnis 90/Die Grünen)
4. Herr Ercan Atay, Mitglied des Stadtrats Iserlohn, (SPD)
5. Herr Cemal Bozoğlu, Mitglied des Stadtrats Augsburg, (Bündnis 90/Die Grünen)
6. Herr Ergun Can, Mitglied des Stadtrats Stuttgart, (SPD)
7. Herr Ozan Ceyhun, MdEP a.D., Mitglied des Kreistages Groß Gerau, (SPD)
8. Herr Burak Copur, Mitglied des Stadtrats Essen, (Bündnis 90/Die Grünen)
9. Herr Cem Demircan, Mitglied des Stadtrats Velbert, (SPD)
10. Frau Filiz Demirel, Abgeordnete im Bezirksparlament Hamburg-Altona, (Bündnis 90/Die Grünen)
11. Herr Yaşar Fincan, e.a. Stadtrat München, (SPD)
12. Frau Çiler Firtina, Mitglied Bündnis 90/Die Grünen Köln
13. Herr Mehmet Göktas, Mitglied der SPD-Fraktion Hamburg-Bergedorf
14. Herr Murat Gözay, Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, (SPD)
15. Frau Nebahat Güçlü, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, (GAL)
16. Frau Simone Jasmin Gündüz, Bürgerliches Mitglied der SPD-Fraktion Hamburg-Bergedorf, (SPD)
17. Frau Ayşe Jerfi Hein, CDU-Landesvorstand Hamburg
18. Frau Gule İletmiş, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, (SPD)
19. Herr Hüseyin Inak, Mitglied des Stadtrats Wedel, (Bündnis 90/Die Grünen)
20. Herr Bayram Inan, Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Harburg, (SPD)
21. Herr Murat Kalmiş, Mitglied des Stadtrats Delmenhorst, (FDP)
22. Herr Mustafa Kara, Mitglied des Stadtrats Neckarsulm, (CDU)
23. Herr Adil Oyan, Mitglied des Kreisrats Rosenheim u. Stadtrats Wasserburg am Inn, (Bündnis 90/Die Grünen)
24. Herr Musa Özdemir, Mitglied der PDS, Berlin
25. Frau Mürvet Öztürk, Kreistagsabgeordnete im Lahn-Dill-Kreis, (Bündnis 90/Die Grünen)
26. Herr Ali Şahin, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, (Bündnis 90/Die Grünen)
27. Herr Iskender Sen, Mitglied des Stadtrats Delmenhorst, (FDP)
28. Herr Tamer Sert, Mitglied des Vorstands Kreisverband Delmenhorst, (FDP)
29. Frau Aynur Söylemez, Mitglied des Gemeinderats Tübingen, (AL/GRÜNE)
30. Herr Alptug Taskin, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Offenbach, (SPD)
31. Herr Ali Ertan Toprak, Mitglied des Stadtrats Recklinghausen, (Bündnis 90/Die Grünen)
32. Herr Serkan Tören, Mitglied des Stadtrats Stade, (FDP)
33. Herr Ibrahim Tuner, Mitglied des Stadtrats Delmenhorst, (SPD)
34. Herr Arif Ünal, Mitglied des Stadtrats Köln, (Bündnis 90/Die Grünen)

Vertreter der koordinierenden Stiftungen:

35. Frau Aydan Özoğuz, Körber-Stiftung, Bereich Gesellschaft/Integration
36. Frau Karin Haist, Körber-Stiftung, Bereichsleiterin Gesellschaft
37. Herr Marc Herbeck, Geschäftsführer Stiftung MITARBEIT